

Antrag 157/II/2019
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch tätiges Handeln (Konsens)

Schuldenbremse

- 1 Wir lehnen die Verankerung der Schuldenbremse in der
- 2 Berliner Verfassung ab.
- 3
- 4 Stattdessen sollte sich die SPD Berlin beim Bund da-
- 5 für einsetzen, dass die Erfüllung der Investitionsregeln
- 6 beim Ausbleiben ausreichend hoher Steuereinnahmen im
- 7 Zweifelsfall auch über Verschuldung erfolgen muss.
- 8
- 9 **Begründung**
- 10 Die Berliner SPD hat die Schuldenbremse abgelehnt. Da-
- 11 für gab es gute Gründe. Schmerzlich musste Berlin und
- 12 seine Bevölkerung in letzten Jahren erfahren, dass die
- 13 Schuldenbremse zu einer Kaputt-Sparpolitik geführt hat,
- 14 mit weitreichenden Konsequenzen für die öffentliche Da-
- 15 seinsvorsorge und die Handlungsfähigkeit des Landes und
- 16 der Bezirke. Personalmangel und ein großer Investitions-
- 17 stau, aber auch Privatisierungen, Ausgliederungen und
- 18 Ausweitung prekärer Arbeit wurden mit den Anforderun-
- 19 gen der Schuldenbremse begründet.
- 20
- 21 Berliner Sozialdemokrat*innen engagieren sich mit Initia-
- 22 tiven für mehr Personal in den Krankenhäusern, an den
- 23 Schulen, in der Verwaltung für ausreichende Investitio-
- 24 nen in die soziale Infrastruktur, sowie zur Bekämpfung
- 25 prekärer Arbeit, d.h. dafür, dass Zeichen gegen diese Aus-
- 26 teritätspolitik gesetzt werden. Mit der geplanten Veranke-
- 27 rung der Schuldenbremse in die Berliner Verfassung wird
- 28 das gegenteilige Signal gegeben.
- 29
- 30 Gerade in einer Zeit, in der die Schuldenbremse besonders
- 31 von Gewerkschaften in Frage gestellt wird, wäre jetzt eine
- 32 Veränderung der Berliner Verfassung, um die Schulden-
- 33 Bremse aufzunehmen, ein falsche politische Weichenstel-
- 34 lung.
- 35
- 36 Es kann heute nur darum gehen, die Handlungsfähigkeit
- 37 des Staates und die Öffentlichen Daseinsvorsorge wie-
- 38 derherzustellen. So fordert der SOS-Ruf des bundeswei-
- 39 ten Aktionsbündnisses von 70 hochverschuldeten Kom-
- 40 munen "Für die Würde unserer Städte" endlich eine Alt-
- 41 schuldenhilfe, um ihre Handlungsfähigkeit wiederherzu-
- 42 stellen: „Hätten Bund und Länder dafür bezahlt, was sie
- 43 bei uns bestellt haben, wären wir schuldenfrei“, erklären
- 44 die Oberbürgermeister, Bürgermeister...auf ihrer Presse-
- 45 konferenz am 4. April 2019. Sie kämpfen für das „Raus aus
- 46 der Schuldenfalle“. Die Folge des Abbaus der kommunalen
- 47 Leistungen sei es, dass sich „viele Bürger von unserer De-
- 48 mokratie abwenden und nicht mehr an den Wahlen betei-

49 ligen“.

50

51 Der Streit im Berliner Senat, ob es eine harte oder eine „gu-
52 te“ Schuldenbremse in der Berliner Verfassung geben soll,

53 hilft nicht weiter. Das Problem ist die Schuldenbremse an

54 sich.